



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919

184 (22.4.1919) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-184989](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-184989)

Mannheimer General-Anzeiger

Hauptredaktion: Dr. Fritz Schrebermann, Verantwortlich für Politik: Dr. Fritz Schrebermann, für Finanzen: Hans Böhm, für Lokal- und den übrigen redaktionellen Teil: Richard Schödelberger, für Kunst: Franz Richter, für Anzeigen: Anton Gröber, Druck und Verlag: Dr. Hans Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H., Mittelstr. 11 in Mannheim, Druck-Abz.: General-Anzeiger Mannheim, Deutscher-Post Nr. 17590 Kasterstraße in Baden. — Fernsprecher Amt Mannheim Nr. 7950 — 7946.

Badische Neueste Nachrichten
Amtliches Verkündigungsblatt

Anzeigenpreise: Die typsetzte, rotgedruckte Zeile des blauen Bezirks 40 Pf., für auswärts 50 Pf., Flansche Anzeigen 60 Pf., Restanten 30 Pf. Anzeigenpreise: Minutblatt vormittags 1/2 Uhr, Abendblatt nachmittags 2 1/2 Uhr für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen und Ausgaben mit besonderer Berücksichtigung. Bezugspreise in Mannheim und Umgebung monatlich 10 L. — mit Frachtposten, Postbezugspreis 11 L. 62 Pf. (inkl. Sachverständigen). Bei der Post abgeholt 11 L. 70 Pf. — Nr. 10 Dfg.

Die Bekanntgabe des Friedensvertrages.

Bern, 21. April. (ZB.) Die Pariser Informationen der Ypogonblätter, wonach der Wortlaut des Friedensvertrages der Presse am 28. April, 6 Uhr abends, bekannt gegeben wird, erheben verfrüht, weil nach dem „Echo de Paris“ unvorhergesehene Verzögerungen in der Abfassung des Vertrages eingetreten sind, so daß der Vertrag am 25. April noch nicht fertiggestellt sein wird. Das Blatt sagt, es müßten in einer Anzahl von Fragen noch Kompromisse gefunden werden. Die „Daily Mail“ erzählt hierzu noch, die Hälfte des Vertrages liege in der endgültigen Fassung noch nicht vor. Die Pariser Presse benutzt die Zwischenzeit, um mit allem Nachdruck auf die Notwendigkeit eines Defensiv-Allianzvertrages zwischen Amerika, England und Frankreich hinzuweisen, wobei der „Sondener „Progresh““ erzählt, daß der Allianzvertrag bereits zur Hälfte fertiggestellt sei und seine Gültigkeit neben der Liga der Nationen haben werde. In der Begründung der Notwendigkeit eines solchen Bündnisvertrages schämen die nationalsozialistischen Pariser Blätter von Hoch gegen Deutschland geradezu über. Der „Temps“ erklärt in seinen Sophistereien, die Liga der Nationen sei nur ein Zukunftsprojekt. Nur ein Allianzvertrag gebe Frankreich die notwendigen Garantien und den notwendigen Schutz. Kraft und Gewalt seien notwendig und daher auch in internationalen Abmachungen, um diesen Verträgen den notwendigen Respekt zu verschaffen. Bei diesen Versuchen, Mißtrauen gegen Deutschland zu wecken, scheut die Pariser Presse nicht davor zurück, Fälschungen zu unterbreiten, indem sie die Einladung des Generals Noutant an die deutschen Delegierten nicht veröffentlicht, sondern nur die Erwiderung der deutschen Regierung mit der Bekanntgabe der für Versailles bestimmten Bevollmächtigten und daraus die Folgerung deutscher Intrigen ableitet.

Zur Lösung der Danziger Frage.

Paris, 21. April. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Nach den neuesten Meldungen ist die Danziger Frage immer noch nicht geregelt. Fest steht nur das Eine, daß Danzig mit Marienwerder einen autonomen Staat bilden soll unter der Kontrolle der Gesellschaft der Nationen. Wilson steht einer polnischen Verwaltung ablehnend gegenüber, solange die Bevölkerung Danzigs nicht selber darüber entschieden hat. Wahrungswürdig wird ein Kompromiß in der Form zustande kommen, daß der Bezirk Danzig für autonom erklärt wird und die Bevölkerung selbst ihre Verwaltung wählen soll, so daß eine gemischte deutsch-polnische Verwaltung zustande kommt.

Die Adriafrage.

Paris, 21. April. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Einen weiteren Grund zu einem neuerlichen Zwist zwischen Wilson einerseits und Clemenceau, Lloyd George und Orlando andererseits bildet das Adria-Problem. Wilson vertritt die Ansicht, daß die verschiedenen Fragen dieses Problems getrennt zu beraten seien, während die drei anderen Mitglieder des Viererrats die Frage als ein Ganzes behandeln wollen. Da Wilson mit seiner Ansicht nicht durchdringen konnte, zog er sich von der Diskussion zurück. Vor allen Dingen ist es Wilson darum zu tun, die Frage von Flume vor der eigentlichen Adriafrage zu lösen. Lloyd George, Clemenceau und Orlando sowie die Minister des Auswärtigen Balfour, Nicholson und Sonnino berieten infolgedessen allein über die Frage. Die Beratung hatte vor allem den Zweck, einen Mittelweg zwischen der amerikanischen und der italienischen Auffassung zu finden, einen Zweck, der bisher jedoch noch nicht erreicht wurde. Dagegen hörte Wilson gestern einen Vortrag von Orlando und Sonnino, wobei die beiden Staatsmänner die Wünsche Italiens darlegten.

Dalmatien. — Ein Defensivbündnis?

Paris, 21. April. (ZB.) Reuter. Der Rat der Völk, nämlich Wilson, Lloyd George, Clemenceau, Orlando, Sonnino, Balfour, Nicholson und Lansing, beriet über die Frage Dalmatien, doch wurde noch keine Lösung erreicht. Wie in Pariser Kreisen verlautet, macht der Plan eines Defensivbündnisses zwischen Großbritannien, Frankreich und den Vereinigten Staaten Fortschritte. Das Bündnis ist nur für die Rheinregion anwendbar und steht eine sofortige militärische Aktion zu Lande und zu Wasser vor in dem Falle, daß Deutschland den Friedensvertrag bezüglich der entmilitarisierten Zone östlich des Rheins bricht.

Henderson gegen den Mißbrauch des Friedens.

Paris, 21. April. (Havas.) Der Sozialistenkongreß wurde am Montag eröffnet. Henderson forderte, daß der Frieden ein Frieden der Gerechtigkeit und nicht des Hasses sei. Wir verkennen, sagte er, die Opfer nicht, die Frankreich gebracht hat, wir lassen seiner Tapferkeit Gerechtigkeit widerfahren, man darf jedoch den Sieg nicht mißbrauchen. Der frühere Präsident der Labour-Party, Lardy, gab eine dementsprechende Erklärung ab.

Havaslägen.

Paris, 21. April. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Wie unser Sonderberichterstatter aus zuverlässiger amerikanischer Quelle erfährt, sind seit einigen Tagen zwischen Wilson und Clemenceau neue Unstimmigkeiten entstanden und zwar wegen der Frage der Kriegsschadigungen und der Danziger Frage. Die von Havas verbreiteten Nachrichten, daß die Friedenskonferenz beschließen habe, aus Danzig eine freie Stadt unter polnischer Verwaltung zu machen, wird in Paris heute energisch dementiert. Auch die Havasmeldung, daß Deutschland 125 Milliarden zu bezahlen haben werde, wird als unrichtig bezeichnet, bisher ist überhaupt noch keine Summe genannt worden. Wilson hält noch wie vor an seinem Prinzip fest, daß nur die der Zivilbevölkerung zugefügten Schäden ersetzt werden müssen, während Clemenceau auch die Wiederverstattung der Pensionen der Kriegesbeschädigten und Kriegswitwen verlangt. Nach allem ist es sehr fraglich, ob bis zum 27. April überhaupt der Vorfriedensvertrag fertig sein wird. Die Mitteilungen unseres Gewährsmannes finden ihre Bestätigung in einer Notiz des „Welt Posten“, wo-

nach der französische Zensur, der diese falschen Nachrichten an das Ausland weitergeben ließ, eine Disziplinarstrafe erhalten hat. Im übrigen dementiert auch Finanzminister Klotz in der Kammer die oben erwähnten Havasmeldungen.

Paris, 21. April. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Der Präliminarfriedensvertrag wird auch einen Paragrafen enthalten, der Deutschland die Entsendung militärischer Missionen ins Ausland verbietet. — Um die Arbeiten des Redaktionskomitees, das die 1000 Artikel des Vorfriedensvertrages zusammenzustellen hat, zu beschleunigen, wurde die Zahl der Mitglieder des Komitees erhöht.

Paris, 21. April. (Eigener Drahtbericht, indir.) Wie aus Tokio gemeldet wird, erzeugte dort die Nachricht, daß die japanischen Delegierten in der Völkerbundskommission in der Frage der Gleichberechtigung der Rassen keine Einstimmigkeit erzielen konnten, starke Enttäuschung. Die öffentliche Meinung ist besonders erregt wegen der Frage der Einschränkung der japanischen Einwanderung. Der Regierung wird der Vorwurf der Schwäche gemacht und sie wird stark angegriffen. Die Opposition benützt diese Gelegenheit, um im Lande Propaganda zu machen.

Die Zukunft unserer Kolonien.

Vom Kontradmiraal z. D. Kalau vom Hofe.
(Nachdruck verboten.)

Jeder Arbeiter weiß, daß ohne Zufuhr von Rohstoffen aus überseeischen Gebieten ein gedeihliches Ingangbringen unseres Wirtschaftslebens nicht möglich ist, daß aber auch die Voraussetzung erfüllt sein muß, daß die Rohstoffe zu Preisen zu uns gelangen, die gestatten, daß die fertige Ware den Wettbewerb der fremden Industrie in jeder Hinsicht aushalten kann. Unsere Feinde haben darüber keinen Zweifel gelassen, daß sie uns den Bezug der Rohstoffe so erschweren und verteuern wollen, daß ein Wiederaufblühen unseres Handels ausgeschlossen bleiben muß. Diesem Zweck soll der Raub unserer Kolonien dienen, den die Engländer und Franzosen in der Friedenskonferenz durchzuführen trachten; darin wollen sie sich auch nicht durch den Umstand beirren lassen, daß sie sich bei Abschluß des Waffenstillstandes auf das Programm Wilsons verpflichtet haben, dessen Punkt 5 lautet: „Eine freie, weltweite und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche, die auf einer genauen Beobachtung des Grundgesetzes fußt, daß bei der Entscheidung aller derartigen Souveränitätsfragen die Interessen der betroffenen Bevölkerung ein ebensolches Gewicht haben müssen, wie die berechtigten Forderungen der Regierung, deren Rechtsanspruch bestimmt werden soll.“

Da die mit kolonialem Besitz überfrachteten Engländer und Franzosen einen Rechtsanspruch auf unsere Kolonien aus dem Grunde nationaler Lebensnotwendigkeiten für sich nicht herleiten können, wollen sie es mit dem Grunde edler Menschlichkeit versuchen und sich für die Befreiung der Eingeborenen von dem Joch und der angeblich schlechten Behandlung der deutschen Herrschaft einsetzen. Lügen und Verleumdungen über unsere Kolonialwirtschaft wurden und werden in der bekannten Methode der „Grauelpropaganda“ verbreitet. Mit welchem Erfolge ihnen das schon wieder geglückt ist, zeigt eine Rede des Präsidenten Wilson am 14. Februar 1919 bei der Besprechung des Entwurfs des Völkerbundesvertrags, in der er entgegen den bekannten, anerkanntesten Berichten namhafter englischer und amerikanischer Reisender und Beamter ausführte, daß Deutschland den hilflosen Wäskern einiger von ihm annektierten Kolonien unerträgliche Lasten und Ungerechtigkeiten auferlegte. Deren Ausrottung lag mehr im deutschen Interesse als ihre Entwicklung. Es werde vom Völkerbund das Mandat für diese Kolonien solchen Nationen anvertraut werden, die bewiesen haben, daß sie imstande sind, es in einem Geiste hoher Humanität auszuüben. Es war für uns beim Fortbestehen der Blockade sehr schwer, dem englischen Verleumdungsstreben entgegenzutreten; aber das letzte Wort in dieser Sache ist noch nicht gesprochen.

Die glückliche Heimkehr unserer Ostafrikaner mit Gouverneur Schnee und General von Lettow-Vorbeck setzte uns in die Lage, zuverlässige Nachrichten über die Vorgänge in ihrer Kolonie aus allerjüngster Zeit zu erhalten, die der Offenlichkeit und der Friedenskonferenz nicht vorenthalten werden sollen. Wie gut die deutsche Eingeborenenpolitik gewesen ist und wie falsch die englische Verleumdung, tritt am besten zutage in dem treuen Verhalten der Eingeborenen während des vier Jahre dauernden heldenhaften Kampfes der Deutschen gegen die englische Uebermacht in Ostafrika. Als der Krieg ausbrach und die Engländer entgegen dem Kontrakt den europäischen Streit in den schwarzen Erdteil übertrugen, befanden sich nur 6000 Europäer einschließlich Frauen und Kinder unter 8 Millionen Eingeborenen in Deutsch-Ostafrika. Keinerlei Vorbereitungen waren für die Kriegsführung gegen einen äußeren Feind von uns getroffen. Was wäre also leichter gewesen, als einen Aufstand anzuzetteln gegen die deutsche Herrschaft, wenn diese nur im geringsten so lässig und verächtlich gewesen wäre, wie die Engländer sie jetzt schildern? Tatsächlich stand die ganze Eingeborenenbevölkerung auf unserer Seite. Die Eingeborenen haben uns Natori, als Träger und durch Rohstofflieferung uns in jeder Weise geholfen. Nicht nur die Truppen, sondern auch die Träger haben bis zum Schluß treu bei unseren Kämpfern ausgehalten, selbst als sie gewunden waren, das Schutzgebiet und damit die Heimat der Eingeborenen, Truppen und Gefolgschaft zu verlassen. Die englischen Behauptungen über schlechte Behandlung der Eingeborenen, darunter ein verleumderischer offener Brief des englischen Bischofs von Johannesburg, sind bewußte politische Lügen, um einen Vorwand zu haben, uns unsere Kolonien zu rauben.

Was nun die bessere Einigung der Engländer, der Franzosen, der Belgier oder der Portugiesen zur Verwaltung von Kolonien an unserer Statt im Auftrage des Völkerbundes anbelangt, so braucht man nur die Worte Indien, Island, Transvaal, Dahomey und Kongo auszusprechen, um die Erinnerung an die verwerflichsten Mißhandlungen von Menschen und Völkern wach zu rufen, die sich jene zuschulden

kommen ließen, die mit Pharisäeriemie über uns zu Gericht sitzen möchten. Auch jetzt haben die Engländer, nach der Besetzung von Ostafrika, die Eingeborenen aufs schwerste bedrückt und getrieben. Sie haben Nataris zum Dienst gegen uns gepreßt. Träger gewalttätig gegriffen, massenweise das Vieh aus dem Lande geraubt, den Wohlstand der einheimischen Bevölkerung zerstört, eine ganze Anzahl von angesehenen Eingeborenen, deren Anhänglichkeit an die deutsche Herrschaft ihnen gefährlich schien, außer des Landes gebracht, in einzelnen Fällen sogar nach St. Helena deportiert. Wir können es mit ruhigem Gewissen auf eine freie, unparteiische Schlichtung der Rechtsansprüche ankommen lassen; jedoch dürfen wir uns nicht in der trügerischen Hoffnung wiegen, daß eine Untersuchung deshalb zu unseren Gunsten ausfallen müsse; wir dürfen dies nur erwarten, wenn wir nicht mißde werden, die unablässigen Heereien und Verleumdungen unserer Feinde zu entkräften und ihnen die heuchlerischen Masken von den Gesichtern zu reißen. Das deutsche Volk darf nicht zugeben, daß ihm seine Kolonien, die es dringend braucht, um den Ueberfluß seiner Volkskraft aufzunehmen, um Rohstoffe billig zu erhalten und Absatzgebiete für seinen Handel zu haben, geraubt werden. Wir müssen fordern, daß auf Grund des Wilson Programms über die Kolonien verhandelt wird. Unsere Rechtsmittel sind unerschöpflich. Unsere Leistungen haben bewiesen, daß wir mindestens ebenso würdig sind Eingeborenenvölker zu kolonisieren wie alle anderen Nationen.

Die belgische Sozialistenkonferenz.

Amsterdam, 22. April. (ZB.) Nach einer Havas-Neuer-Meldung aus Brüssel vom 20. 4. nahm die belgische Sozialistenkonferenz eine Tagesordnung an, worin es heißt, die belgische Arbeiterpartei spreche sich gegen Solgkoren, wenn beim Abschluß von Verträgen oder Konventionen aus und forderte die Regierung auf, sich auf der Friedenskonferenz in dieser Hinsicht kräftig einzusetzen. Weiter wurde ein Antrag zu Ehren des Gedächtnisses von Karl Liebknecht, Kurt Eisner, Rosa Luxemburg und Jaures angenommen. Sodann entschied sich der Kongreß einstimmig für folgende Tagesordnung:

„Die belgische Arbeiterpartei hat niemals aufgehört, die internationale Agitation des Proletariats als wesentlichen und notwendigen Bestandteil der sozialistischen Bewegung zu betrachten. Sie bleibt Anhängerin der 2. Internationale und erklärt sich bereit, in Erörterungen über ihre Teilnahme am Kongreß in Luzern einzutreten, sobald sie weiß, wie, von wem und unter welchen Bedingungen diese Versammlung einberufen werden wird. Sie spricht sich dafür aus, daß das neue, von der Berner Konferenz geschaffene Vollzugsorgan am 25. 4. in Amsterdam zusammentreten soll, und daß die belgische Arbeiterpartei sich auf dieser Konferenz vertreten lassen soll. Die Konferenz beauftragt eine Abordnung, beim Internationalen sozialistischen Büro sich mit den Einberufern der geplanten Versammlung ins Benehmen zu setzen und sich mit ihr über eine möglichst schnelle Herbeiführung einer geordneten Lage zu verständigen. Der Kongreß ist der Ansicht, daß kein Grund besteht, das Büro nicht in Brüssel zu belassen und daß das Vollzugsbüro in seine Rechte eingesetzt werden soll.“

Bander veld e führte aus, er habe als Präsident, aber nicht als Mitglied der Internationale keine Entlassung genommen. Es gebe nicht zwei Internationale. Die von Lenin schloß die Sozialisten aus und zwar mit Recht, denn der Bolschewismus sei eine Verneinung des Sozialismus. In Luzern würde man sich mit den Abordnungen von 32 Völkern treffen. Sich an diese Internationale nicht anschließen, bedeuere, ein nationaler Sozialist und Patriot und nichts weiter als Patriot zu bleiben. Er bleibe bei der Internationale. (Beifall.)

Der Kongreß schloß einstimmig den Beschluß, daß die internationalen Beziehungen wieder aufgenommen werden müßten und lehnte mit starker Mehrheit den Antrag ab, welcher befaßt, daß der Kongreß sich nicht schlüssig machen könne, weil man nicht wisse, von wem und unter welchen Bedingungen diese Versammlung einberufen werde. Die Ablehnung dieses Antrages wurde mit starkem Beifall aufgenommen.

Die Lage im Osten.

Berlin, 22. April. (Von unserm Berliner Büro.) Ein Ueberblick über die letzten Ereignisse an der Ostfront zeigt, daß im allgemeinen die deutsche Lage eine gewisse Entlastung erfahren hat. An der baltischen Front ist jetzt Frühjahrstauwetter eingetreten. Dadurch werden weitere Operationen zunächst unmöglich gemacht. An der russischen Kawafont, die sich in zwei Schauplätzen, nördlich und südlich des Peipus-Sees gliedert, war die Sowjetregierung gezwungen, Truppen nach dem Süden zu werfen. Dadurch hatten die in Estland kämpfenden estnischen und finnischen Truppen Lust bekommen und einige erfreuliche Erfolge errungen. Es scheint aber, daß dort innere Zwistigkeiten ausgebrochen sind. Ein Teil der finnischen Freiwilligen ist zurückgerufen worden und die Bolschewiki sind natürlich bestrebt, das auszunutzen.

An der Murmanfront sind die Engländer jetzt nicht in einer günstigen Lage. England ist bemüht, seine Truppen dadurch herauszuziehen, daß es Ersatztransporte an die Murmanküste wirft. Immerhin sind die Bolschewiki dort noch in günstiger Offensive und auch in Südrußland ist ihre strategische Lage leider sehr vorteilhaft. Sie haben auch südlich des Donez-Beckens Erfolge errungen und stehen jetzt an der Dnesterlinie. Diese günstige Lage wird Gott sei Dank ausgemoggen durch die Offensive des Admirals Goltzschat, der westlich des Urals an Boden gewonnen hat. Der Kern seiner Truppen besteht neuerdings aus russischen Antibolschewisten, nachdem die Tschekoslowaken abtransportiert worden sind. Goltzschat will jetzt seinen Vormarsch ausdehnen und die Bauern an der Wolgalinie in seine Hand bekommen. Die Polen

find neuerdings gegenüber den Bolschewiki weiter im Fortschreiten. Dafür haben sie in dem ruthenischen Teile von Galizien nach wie vor schwere Kämpfe zu bestehen und ihre Truppen nach der Lemberger Front werfen müssen. Dadurch ist eine Entlastung in Oberschlesien eingetreten und unsere Lage ist dort nicht mehr so bedrohlich. Die Rumänen sind im Vormarsch auf die neue Demarkationslinie in Ungarn.

Die Lage im Reich.

Wirre Zustände in München.

München, 22. April. (Bris.-Tel.) Die „Mün. Ztg.“ meldet aus München unterm 19. April: Während noch heute früh Bekanntmachungen des revolutionären Arbeiterrates erschienen, verkündete gegen 10 Uhr vormittags eine Proklamation der gesamten Garnison München, daß diese in der letzten Nacht den Zentralrat abgesetzt und sich hinter die einzige rechtmäßige sozialistische Regierung Hoffmann gestellt habe. Ehrgeizige, landesfremde Agitatoren hätten das Volk mißleitet. München sei dadurch völlig von der Außenwelt abgeschnitten gewesen. Jetzt aber ständen Lebensmittelzüge bereit. Heber München wurde der Kriegszustand verhängt. Mühsam und Langsam sollen verhaftet, Leuten und Toller entlassen sein. Die Sachlage ist einseitigen ganz ungesichert. Gegen 1 Uhr wurden allenthalben in der Stadt die Anschläge, welche verkündeten, die ganze Garnison habe sich hinter die Regierung Hoffmann gestellt, wieder heruntergerissen. Mehrere Gerüchte durchschwirren die Stadt, beispielsweise, Schnepfenhorst stehe mit der freiwilligen Volkswehr in Dachau. Andere behaupten, die Garnison sei schon wieder zur Räterepublik übergeschwenkt.

Schwere Ausschreitungen in Hamburg.

Hamburg, 22. April. (Von unserm Berliner Büro.) In Hamburg ist es am Karfreitag, am Sonntag und während der beiden Osterfeiertage zu schweren Ausschreitungen gekommen. In dem Hafenviertel hat die Menge geplündert. Es haben Zusammenstöße mit der Sicherheitswehr stattgefunden, wobei es Tote und Vermunnete gegeben hat. Wie die Pol.-Verf. Nachr. hören, hat Hamburg im Anschluß an diese Ereignisse um die Absendung von Regierungstruppen ersucht. Heute oder morgen wird daher ein starkes Aufgebot der Truppen nach Hamburg abgehen.

Die Berliner Bankkreditungen unterwerfen sich dem Schiedspruch.

Berlin, 22. April. (WB.) Der Verband der Berliner Bankkreditungen teilte der Geschäftsstelle des Schiedsgerichtes Groß-Berlins schriftlich mit, daß er sich dem Schiedspruch unterwerfe.

Amerikanischer Speck für Berlin.

Berlin, 22. April. (Von unj. Berl. Büro.) Der amerikanische Speck ist nunmehr tatsächlich da, wovon auch die Vertreter der Berliner Presse Gelegenheit gehabt haben, sich zu überzeugen. Daß er nicht schon vor heute auf morgen an die Bevölkerung abgegeben werden konnte, hat seine guten Gründe. Es handelt sich da um 3000 Waggons, die dirigiert, deren Inhalt untersucht und verteilt werden mußte. Allein für Berlin kommen 50-55 Waggons Schweineprodukte in Betracht. Jeder Wagon enthält 2000 Seiten, Speck und Schinken, die untersucht werden müssen. In Berlin sind 300 bis 500 Personen mit dieser Aufgabe beschäftigt.

Weitere Lebensmittel.

Amsterdam, 21. April. (WB.) Das Allgemeine Handelsblad meldet, daß die Anfuhr der für Deutschland bestimmten Lebensmittel aus den assoziierten Ländern nach den Niederlanden gute Fortschritte macht. Die in Rotterdam ausgeladenen Lebensmittelmengen, insbesondere Speck, kondensierte Milch und Reis vergrößern sich beständig.

Baden.

Der neue Ministerialdirektor im Finanzministerium.

Als Nachfolger des zum Zoll- und Steuerdirektor ernannten Geheimrats Schellenberg ist, wie wir hören, der dienstälteste vortragende Rat im Ministerium der Finanzen, Geh. Oberreferendar Dr. Josef zum Rittmeister in der Finanzverwaltung in Kassel, geboren im Jahr 1864 in Reudersau (Niederrhein) widmete er sich dem Studium der Rechtswissenschaft und fand im Jahre 1890 als Sekretär beim Finanzministerium seine erste Anstellung. Zwei Jahre darauf trat er in den Reichsdienst über und ging als Stationskontrollor nach Köln; dabei wurde ihm der Titel als Postinspektor verliehen. Hier hatte er bei den verschiedenen Hauptämtern in Koblenz, Barmen, Düsseldorf, Oberfeld, Köln und Worms die Einhaltungen des gefahrdrohenden bei der Erhebung und Verwaltung der Zölle und Reichsteuern zu überwachen. Im Jahre 1898 wurde er wieder in den badischen Staatsdienst zurückberufen und übernahm die Stellung des Finanzrats in Donaueschingen. Nachdem er kurze Zeit die Stelle als Finanzinspektor versehen, wurde er im Jahre 1898 zum Oberinspektor und Vorstand des Hauptreferats in Sinsheim ernannt, im folgenden Jahr nach Barmen versetzt und im Jahre 1903 als Finanzrat dem Referat der Zoll- und Steuerdirektion beigegeben. Im Jahre 1908 wurde er als Ministerialrat in das Finanzministerium berufen, in dem ihm die Beachtung und Oberleitung des Vollzugs des Staatsvertrages oblag. An der Erhaltung der guten Finanzen des badischen Staats kommt ihm somit ein wesentlicher Anteil zu.

In Stelle des Geheimrats Schellenberg ist Geh. Finanzrat Dr. Friedrich Gutmann in das Finanzministerium berufen worden. Er ist im Jahre 1864 als Sohn des fürstlichen Hofrats Gutmann in Donaueschingen geboren, lehte im Jahre 1886 die kanonische Staatsprüfung ab und trat sodann in seiner vaterlichen Ausbildung in den Reichsdienst ein. Nach kurzer Beschäftigung beim direkten Steuerwesen wurde er im Jahre 1890 als Steuerinspektor in Billingen etatmäßig angestellt und als solcher im Jahre 1891 zur Katasterkontrolle der Steuerdirektion versetzt, bei der er bald darauf zum Referatsinspektor ernannt wurde. Nachdem er kurze Zeit noch als Finanzinspektor tätig war, wurde er im Jahre 1896 zum Finanzrat und Referatsmitglied bei der Steuerdirektion ernannt, wo er die Arbeiten aus dem Gebiet des direkten Steuerwesens übernahm. Dieses Arbeitsgebiet, das u. a. bisher Geheimrat Schellenberg oblag, wird Dr. Gutmann nunmehr im Finanzministerium befehlen.

Am Staatsanzeiger wird nunmehr die Ernennung des vortragenden Rates im Finanzministerium, Geh. Oberreferendar Ludwig Roder zum Nachfolger des zum Zoll- und Steuerinspektor ernannten Geh. Rats Schellenberg und des Finanzrates Dr. Friedrich Gutmann, Referatsmitglied bei der Zoll- und Steuerdirektion, zum Vortragenden Rat im Finanzministerium bekanntgegeben.

Eine Rundgebung des Freiburger Bürgerrats.

Freiburg, 21. April. Der Freiburger Bürgerrat richtete an das Staatsministerium folgende Rundgebung:

Durch die Volksabstimmung vom 13. d. Mts. ist in unserem Lande der verfassungsmäßige Zustand wiederhergestellt. Es ist das Vorbild, das wieder einmal unter Heimlichkeit dem ganzen deutschen Volke gegeben hat, empfindet die Freiburger Bürgerschaft mit allen wahlberechtigten Landesleuten tiefe, herzliche Dankbarkeit für die verfassunggebende Landesversammlung und die Männer der Volksregierung, denen es gelungen ist, trotz aller Hindernisse das schwere Werk in opfervoller Arbeit zu vollenden und unter Land in den letzten harten Monaten vor dem äußersten Anlaufe zu bewahren. Noch lange ist die Gefahr nicht vorüber, allein die Herstellung des Verfassungszustandes bietet der Regierung, gestützt auf

den Willen der überwältigenden Volksmehrheit, bessere Möglichkeiten als früher, Umsturzversuchen zu begegnen und die Ruhe, Ordnung und Sicherheit mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten, welche die Gelege, besonders auch die zum Schutze der Verfassung, der Wahlen, der rechtmäßigen Regierung und der staatsbürgerlichen Rechte geschaffen und künftig pflichtgemäß auszuwendenden Bestimmungen des Reichsverfassungsgesetzes vorzuführen und zu lösen. Der Volksregierung steht als Rückhalt eine freiwillige Wehrmacht aus aktiven und Militärpensionären zur Verfügung, welche zwar erheblich verstärkt werden muß, aber heute schon eine schlagkräftige Waffe in ihrer Hand bildet. Das gesamte badische Volk muß und wird sich zum Schutze seiner Verfassung gegen ungesetzliche Angriffe hinter die Regierung stellen. Die Freiburger Bürgererschaft gelobt Treue und Gehorsam der Verfassung, dem Landtag und dem Staatsministerium und wird mit allen Mitteln, im Notfall auch mit dem Einschneidenden des Bürgerwehrstreiks, zu ihrer Verteidigung bereit sein. Der Bürgerrat bittet das Staatsministerium ehrerbietig, diese Rundgebung der Dankbarkeit und des Vertrauens entgegenzunehmen und dem Landtage übermitteln zu wollen.

Letzte Meldungen.

Zum Abbruch des Berliner Bankbeamtenstreiks.

Berlin, 22. April. (WB.) Die streikenden Angestellten der Berliner Großbanken hielten vormittags sieben Betriebsversammlungen ab, worin Stellung zu dem Schiedspruch des Schlichtungsausschusses genommen und beschlossen wurde, den Streik abzubrechen und die Arbeit heute bzw. morgen früh wieder aufzunehmen.

Zur Schlichtung der Spandauer Werkskisten.

Berlin, 22. April. (Von unserm Berliner Büro.) Zu der Schlichtung der Spandauer Werkskisten, über deren Grund teilweise wir bereits berichtet haben, erfordern wir an zuständiger Stelle die Arbeitseitung in den nur für die Herstellung von Kriegsmaterial eingerichteten Werkskisten stand naturgemäß seit dem Ende des Krieges in einem ungeheuren Widerspruch zu den erforderlichen Ausgaben. So haben den Ausgaben im Januar in Höhe von 42 1/2 Millionen Mark überhaupt keine Einnahmen gegenüber, und für die Monate April bis Juni ist allein an Löhnen und Gehältern ein Fehlbetrag von 20 Millionen Mark monatlich einzufügen, wobei noch nicht einmal die Verluste durch schlechte Ausnutzung der vorhandenen Rohstoffe berücksichtigt sind, welche die Summe auf monatlich 50-70 Millionen Mark erhöhen würden.

Der Rückführung der in den Werken lagernden großen Mengen von Rohstoffen widerstrebt die Arbeiterschaft, da sie fürchte, sonst mangelt es an Rohstoffen, die Arbeit einstellen zu müssen. Zu wech ungesicherten Verhältnissen man dann kam, zeigt folgendes Beispiel: Der Handelspreis eines für die Eisenbahn bestimmten Gegenstandes betrug 36 Mk., der Fabrikpreis dagegen nach der Kalkulation 88 Mk. Die Fabrikarbeit hatte Produktionsaufträge für 60000 in Höhe von 40 000 Mk. Der Selbstkostenpreis stellte sich dagegen auf 300 000 Mk. Es ist zum Beispiel festzustellen, daß die Arbeiter für die Herstellung von künstlichen Gesteinen nur die früheren Arbeit leisten.

Daß auch die Löhne und der Einfluß der Verteilung fast völlig geschwunden ist, zeigen folgende krasse Tatsachen. Der Dreierlohn beträgt in einer Abteilung 8 Mk. für die Stunde, während ein anderer für dieselbe Arbeit 40 Mk. für die Stunde bezahlt. Natürlich ist unter solchen Umständen ein Weiterarbeiten unmöglich und es ist selbstverständlich, daß die Reichsregierung einer derartigen Verschwendung von Material und Reichsgeldern entgegenzutreten muß. In welchem Maße die Spandauer Werkskisten sozialisiert oder in den Betriebsbetrieb übergeführt werden, wird sich in den nächsten Tagen entscheiden.

Neuer preussischer Gesandter in Hamburg.

Berlin, 22. April. (Von unserm Berliner Büro.) Der sozialdemokratische Schriftsteller Dr. Adolf Rößler ist von der preussischen Regierung mit der Wahrnehmung der Geschäfte des preussischen Gesandten in Hamburg beauftragt worden. Gleichzeitig ist er zum Staatskommissar für Schleswig-Holstein ernannt worden.

Sichhorn nicht in Berlin.

Berlin, 22. April. (Von unserm Berliner Büro.) Die von verschiedenen Blättern gebrachte Nachricht, daß der frühere Vizepräsident Sichhorn und der braunschweigische Ministerpräsident Berens in Berlin eingeworfen seien, bestätigt sich nicht.

Bekannt der Abteilung für Eisen-Cothingen.

Freiburg i. Br., 22. April. (WB.) Am Donnerstag, 24. April, tritt am ersten Male der Beirat der Abteilung für Eisen-Cothingen im Reichsamt des Innern unter dem Vorsitz des früheren Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamtes und Statthalters von Eisen-Cothingen Dr. Schmidt zusammen. Die Sitzungen werden mehrere Tage im Anbruch nehmen und wirtschaftliche und politische Fragen der aus Eisen-Cothingen Betrieben und freiwillig Ausgewanderten zum Gegenstand der Erörterung haben. Der Beirat setzt sich aus den von den Betrieben gewählten Vertretern zusammen und ist aufgrund des von der Nationalversammlung am 22. Februar 1919 genehmigten Reizegesetzes für Eisen-Cothingen geschaffen worden.

Noch keine Wiederaufnahme des Personenerlasses.

Frankfurt a. M., 22. April. (WB.) Die Eisenbahndirektion Frankfurt (Main) gibt amtlich bekannt: Wegen andauernden Einlen der Dienstverhältnisse des Direktionsbezirks ist die Wiederaufnahme des Personenerlasses bis auf weiteres noch nicht möglich, sie wird rechtzeitig bekannt gegeben.

Die Lage in Leipzig und die Messe.

Leipzig, 22. April. (WB.) Die Leipziger Neuesten Nachrichten stellen am Schluß eines längeren Aufsatzes an die politischen Machthaber in Leipzig die Anfrage, wer die Verantwortung für einen ungestörten Verlauf der Frühjahrsmesse übernimmt. Darauf erwiderte die „Leipziger Volkszeitung“, das Organ der unabhängigen Sozialdemokraten, daß die Arbeiterschaft Leipzigs nicht daran denkt, die Frühjahrsmesse und Ruhe und Ordnung in Leipzig zu stören. Der Besuch der Messe wird unter diesem Umstand keine Beeinträchtigung erfahren und auch die Anmeldungen werden in unerminderter Stärke eingehen.

Die württembergischen Truppen in Bayern.

Stuttgart, 22. April. (W. Z.) Amlich Stellung und Haltung der in Bayern verwendeten württembergischen Truppen sind vorzüglich. Bei den Kämpfen im Ansbauer haben die Württemberger ihre alle Tapferkeit bewiesen. Verluste: ein Toter, fünf Verwundete. Besonders zu erwähnen ist der Württemberger nächst noch weiter in Bayern benötigt. Unterschrift: Kriegsminister.

Die ungarische Räterepublik vor dem Sturz.

Berlin, 22. April. (Von unserm Berliner Büro.) Aus Wien wird gemeldet: Nach einem heute in Wien verbreiteten Gerücht sollte die ungarische Räterepublik gestürzt sein. Indes wird das Gerücht von Bela Kun aufs Entschiedenste demontiert. Wichtig ist, daß die Lage der ungarischen Regierung sehr schwierig geworden ist. Die rumänischen Truppen sind weiter vorgerückt und es kann sein, daß auf französisches Betreiben schließlich auch tschecho-slowakische Truppen und die südslawischen Truppen trotz der Prager und Laibacher Entzürungen auf Budapest vorrücken wollen, um mit Hilfe der französischen Truppen eine neue Regierung Karolyi aus Ruher zu bringen. Die roten Truppen der Räterepublik sind gegen ein reguläres Heer nicht kampffähig.

Sehr ernste Unruhen in Indien und Ägypten. London, 21. April. (WB.) Die englische Presse vom 17. April bringt Nachrichten aus allen Teilen Indiens und Ägyptens über sehr ernste Unruhen, Ermordungen von Europäern und offenen organisierten Widerstand gegen die britischen Behörden. „Daily Telegraph“ stellt die grenzenlose Enttäuschung und Sorge des englischen Volkes über diese Habsposten fest. Man habe während des Krieges sich eingeredet, in Indien eine absolut treue Gefolgschaft zu haben. Kein Engländer hätte sich derartige Vorkommnisse träumen lassen. „Daily Mail“ und die „Times“ bitten die Indier dringend, zur Vernunft zu kommen und der englischen Regierung keine weiteren Schwierigkeiten zu bereiten. Die Sorge, daß das englische Kolonialreich den Unruhen nicht gewachsen ist, ist in allen Zeitungen ausgedrückt.

Der 1. Mai auch in Frankreich Feiertag.

Paris, 21. April. (WB.) Havasmeldung. Der Gemeinderat der Stadt Paris nahm angelehnt des Sieges der Alliierten den 1. Mai 1919 als Feiertag an.

Port, 21. April. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Im Verlauf eines Fluges von Paris nach Rom fand der bekannte Flieger Bedrines den Tod.

Amsterdam, 21. April. (WB.) Einer Reutermeldung aus London zufolge trafen die Dampfer „Romana“, „Rora“ und „Arctur“ mit 800 aus China abtransportierten Deutschen in Warfelle ein.

Handel und Industrie.

Lux'sche Industriewerke A.-G., Ludwigshafen a. Rh.

Nach dem Abschluß erzielte die Gesellschaft für das abgelaufene Jahr einen Warenbruttogewinn von M. 1 003 969 (2 111 170) sowie Ertragszinsen an Miete und Zinsen M. 129 308 (90 222). Andererseits erforderten Abschreibungen M. 3 700 (35 892) und Handlungsunkosten M. 932 260 (1 161 273), so daß sich einschließlich Mark 326 957 (Mark 302 563) Vortrag ein Reingewinn von Mark 524 274 (Mark 1 306 757) ergibt. Dieser gewaltige Rückgang des Reingewinns hat seine Hauptursache in dem fast völligen Ausfall der Produktion des 4. Quartals, in welchem unproduktive Löhne und gesteigerte Unkosten den Gewinn der ersten drei Quartale, die sich auf der Höhe des Vorjahres hielten, zum großen Teile aufzehrt. Die zur Verteilung vorgeschlagene Dividende beläuft sich auf 15% = M. 169 000 (10% = M. 130 000, sowie M. 200 in 5%iger Kriegaanleihe auf jede Aktie = M. 254 800. Tantieme erfordert Mark 13 805 (Tantieme und Gratifikationen M. 145 000). Auf neue Rechnung werden M. 341 469 (326 957) vorgetragen.

In der Bilanz stehen das Grundstück mit M. 182 310 (M. 152 310), Gebäude mit M. 181 300 (185 300), Maschinen M. 1 (1), Werkzeuge M. 1 (1), Mobilien und Einrichtung M. 1 (1), Modale M. 1 (1), Patente M. 1 (1), Versuchsapparate M. 1 (1), Beteiligungen und Dotationen M. 527 323 (727 322), Wertpapiere Mark 2 390 492 (2 435 302), Kasse M. 18 485 (49 733), Waren M. 435 788 (494 605), Schuldner einschließlich Bankguthaben M. 987 178 (Debitoren M. 64 538, Bankguthaben 246 516). Bei einem Aktienkapital von M. 1,3 Mill. beläuft sich der Reservefonds auf M. 130 000 (130 000), Dispositionsfonds I M. 80 000 (80 000), Garantiefonds M. 20 000 (20 000), Dispositionsfonds II M. 300 000 (300 000 zur Verfügung des Aufsichtsrats), Fonds für Überbergewirtschaft M. 100 000 (100 000), Beamten- und Arbeiterunterstützungsfonds M. 155 208 (150 000), Gläubiger- einschließlich Steuerrücklagen M. 2 113 053 (Kreditoren M. 1 373 775).

Im Bericht des Vorstandes wird u. a. ausgeführt, daß das Ergebnis des abgelaufenen Geschäftsjahres die Erwartungen nicht erfüllt habe. Der Umsatz habe sich zwar in den ersten drei Quartalen auf der Höhe des Vorjahres gehalten, aber beherrschende Maßnahmen, insbesondere die behördlichen Preisfestsetzungen, welche den gesteigerten Löhnen und allgemeinen Unkosten in keiner Weise Rechnung trugen, haben den Ertrag vermindert. In der vorjährigen Bilanz zur Verfügung des Aufsichtsrats gestellte Dispositionsfonds II von M. 300 000 mußte infolge der Verschärfung der Kriegsteuergesetze für die Kriegsgewinnsteuer des Jahres 1917 voll in Anspruch genommen werden, so daß ein Zurückgreifen auf diesen Fonds nicht möglich war.

Über die Aussichten wird mitgeteilt: „Die Betriebe sind sämtlich mit der Umstellung auf die Friedensproduktion beschäftigt, die voraussichtlich bis Mitte des Jahres vollzogen sein wird. Für die nächsten Monate ist ausreichende Beschäftigung gesichert, da noch Auftragsbestände vorhanden sind und vor allem das Lager in Vorkabrikaten wieder aufgefüllt werden muß. Im wesentlichen wird die Entwicklung des Geschäftes davon abhängen, in welcher Zeit die Absperrung von dem größten Teil der in- und ausländischen Kundschaft aufgehoben werden wird und die sonstigen Bedingungen für die Wiederaufrichtung der Industrie sich bessern werden.“

Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt, 22. April. (Pr.-Tel.) Nach der vierstägigen Verkehrspause machte sich heute auf einzelnen Marktgebieten wieder Kaufeifer geltend. Die Geschäftstätigkeit war etwas lebhafter als vor den Feiertagen, die Haltung selbst mit wenig Ausnahmen gut behauptet, zum Teil fest. Anfanglich versuchte die Spekulation eine Kurssteigerung zu erreichen, vermochte aber, da es an Gefolgschaft fehlte, nicht überall eine Besserung der Notierungen zu erzielen.

Im freien Verkehr war wiederum Interesse für Canada-Pacific Shares, welche wiederum 10% höher einsetzten, auch Anatolische Bahnen sowie Heildorf-Aktien fanden Beachtung. Feste Stimmung machte sich für Schiffahrtaktien bemerkbar, wo Norddeutscher Lloyd 4%, Paketfahrt 1 1/2% höher einsetzten. Schantung Eisenbahn zogen ebenfalls an, dagegen standen Prince Henri im Angebot Lombarden mit 19% unverändert. Am Marke der Elektro- und der chemischen Aktien blieb die Kursbewegung bescheiden. Schudert fanden vorübergehend Nachfrage. Autowerte waren nicht einheitlich, für Adlerwerke Kleyer bestand Kaufinteresse. Daimler-Motoren lagen schwach. Montanaktien setzten sich schwächer ein, was auf die Zwangsabsetzungen leitender Persönlichkeiten aus dem oberschlesischen Eisenerz- und Kohlenrevier zurückzuführen war. Gelsenkirchen waren im Angebot, was aber mit dem Stand der luxemburgischen Angelegenheit in Verbindung gebracht wurde. Niedriger wurden Deutsch-Luxemburger, Rombacher Hütte, Phoenix Bergbau umgesezt. Später trat in Petroleumaktien lebhaftere Nachfrage hervor unter Bevorzugung von Deutschen Petroleum. Am Einheitsmarkt blieben die Umsätze bescheiden. Zu höheren Kursen wurden Zellulose Aschaffenburger gefragt. Auf dem Rentenmarkt trat zu besseren Kursen Kaufkraft für Kriegsanleihe ein, 83,40. Türkenerlöse fanden weitere Beachtung bei erhöhten Kursen. Die Börse schloß bei ruhigen Geschäft und behaupteter Tendenz. Privatdiskont 3 1/2%.

Berliner Wertpapierbörse.

Berlin, 22. April. (Devisenmarkt.) Auszahlungen für: Tabelle mit 2 Spalten (Oeld, Brief) und 17 Zeilen (Konstantinobel, Holland 100 Gulden, Dänemark 100 Kronen, Schweden 100 Kronen, Norwegen 100 Kronen, Schweiz 100 Franken, Ost.-Ungarn 100 Kronen, Spanien, Bulgarien 100 Leva, Heligland)

Amthliche Bekanntmachungen

Zugewandlung an dem Donnerstag, den 24. April 1919, ummittags 9 Uhr...

1. Reduktion von Bau- und Straßenschnitten zwischen Speidra und Apfelhofstraße im Stadtteil Seibhof.

2. Verkauf der Firma Floris Kanton, Fabrik technischer Produkte um Bau- und gewerbliche Zwecke...

3. Verkauf des Carl Jung hier, G 7, 5, um Erlaube eines Sondererwerbsrechts.

4. Verkauf des August Semmler in Ladenburg um Erlaube zum Betrieb der Realbankwirtschaft mit Brauereibetrieb...

5. Verkauf des Georg Arnold um Erlaube zum Erlaube seines persönlichen Schankwirtschaftsrechts ohne Brauereibetrieb...

6. Verkauf des Johann Georg Red Witte hier um Erlaube zum Erlaube seines persönlichen Schankwirtschaftsrechts ohne Brauereibetrieb...

7. Verkauf des Johann Georg Red Witte hier um Erlaube zum Erlaube seines persönlichen Schankwirtschaftsrechts ohne Brauereibetrieb...

8. Verkauf des Johann Georg Red Witte hier um Erlaube zum Erlaube seines persönlichen Schankwirtschaftsrechts ohne Brauereibetrieb...

9. Verkauf des Johann Georg Red Witte hier um Erlaube zum Erlaube seines persönlichen Schankwirtschaftsrechts ohne Brauereibetrieb...

10. Verkauf des Johann Georg Red Witte hier um Erlaube zum Erlaube seines persönlichen Schankwirtschaftsrechts ohne Brauereibetrieb...

11. Verkauf des Johann Georg Red Witte hier um Erlaube zum Erlaube seines persönlichen Schankwirtschaftsrechts ohne Brauereibetrieb...

12. Verkauf des Johann Georg Red Witte hier um Erlaube zum Erlaube seines persönlichen Schankwirtschaftsrechts ohne Brauereibetrieb...

13. Verkauf des Johann Georg Red Witte hier um Erlaube zum Erlaube seines persönlichen Schankwirtschaftsrechts ohne Brauereibetrieb...

14. Verkauf des Johann Georg Red Witte hier um Erlaube zum Erlaube seines persönlichen Schankwirtschaftsrechts ohne Brauereibetrieb...

Bekanntmachung

Die Reuektion der Arbeitssache der Knechtelchen während der wirtschaflichen Demobilisation hier: den Geschäftsbetrieb in den öffentlichen Verkaufsstellen...

1. Amthliche Verkaufsstellen, einerseits ab die Angelegenheiten des öffentlichen Verkaufsstellen...

2. Unter der Bezeichnung des § 1 fallen auch alle öffentlichen Betriebe, als alle öffentlichen Betriebe, welche neben einem Gewerbebetrieb eine öffentliche Verkaufsstelle betreiben...

3. Vorstehende Anordnungen werden unbedingte der nach § 1, Abs 1 der V.-V. vom 18. März 1919 der Ortspolizeibehörde vorgelegten Ausnahmegenehmigungen...

4. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden gemäß § 18 der Verordnung vom 18. März 1919, § 6 der V.-V. vom 7. November 1918 und § 10, § 11 der V.-V. vom 27. November 1918 mit Geld bis zu 2000 M. im inneren Bereich mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft...

5. Vorstehende Anordnungen werden unbedingte der nach § 1, Abs 1 der V.-V. vom 18. März 1919 der Ortspolizeibehörde vorgelegten Ausnahmegenehmigungen...

6. Vorstehende Anordnungen werden unbedingte der nach § 1, Abs 1 der V.-V. vom 18. März 1919 der Ortspolizeibehörde vorgelegten Ausnahmegenehmigungen...

7. Vorstehende Anordnungen werden unbedingte der nach § 1, Abs 1 der V.-V. vom 18. März 1919 der Ortspolizeibehörde vorgelegten Ausnahmegenehmigungen...

8. Vorstehende Anordnungen werden unbedingte der nach § 1, Abs 1 der V.-V. vom 18. März 1919 der Ortspolizeibehörde vorgelegten Ausnahmegenehmigungen...

9. Vorstehende Anordnungen werden unbedingte der nach § 1, Abs 1 der V.-V. vom 18. März 1919 der Ortspolizeibehörde vorgelegten Ausnahmegenehmigungen...

10. Vorstehende Anordnungen werden unbedingte der nach § 1, Abs 1 der V.-V. vom 18. März 1919 der Ortspolizeibehörde vorgelegten Ausnahmegenehmigungen...

11. Vorstehende Anordnungen werden unbedingte der nach § 1, Abs 1 der V.-V. vom 18. März 1919 der Ortspolizeibehörde vorgelegten Ausnahmegenehmigungen...

12. Vorstehende Anordnungen werden unbedingte der nach § 1, Abs 1 der V.-V. vom 18. März 1919 der Ortspolizeibehörde vorgelegten Ausnahmegenehmigungen...

13. Vorstehende Anordnungen werden unbedingte der nach § 1, Abs 1 der V.-V. vom 18. März 1919 der Ortspolizeibehörde vorgelegten Ausnahmegenehmigungen...

14. Vorstehende Anordnungen werden unbedingte der nach § 1, Abs 1 der V.-V. vom 18. März 1919 der Ortspolizeibehörde vorgelegten Ausnahmegenehmigungen...

15. Vorstehende Anordnungen werden unbedingte der nach § 1, Abs 1 der V.-V. vom 18. März 1919 der Ortspolizeibehörde vorgelegten Ausnahmegenehmigungen...

16. Vorstehende Anordnungen werden unbedingte der nach § 1, Abs 1 der V.-V. vom 18. März 1919 der Ortspolizeibehörde vorgelegten Ausnahmegenehmigungen...

17. Vorstehende Anordnungen werden unbedingte der nach § 1, Abs 1 der V.-V. vom 18. März 1919 der Ortspolizeibehörde vorgelegten Ausnahmegenehmigungen...

Bekanntmachung

Das diebliches Ab- und Zurückgeben der Einlagen- und der Vermögensgegenstände der Vermögens- und Gemeindefürer nach dem Gesetz vom 2. Juni 1918 wird für Mannheim einschließlich der Vorort...

1. Der öffentliche Verkaufsstellen in anderer Weise als leitlich in seinem Geschäft oder beim Betrieb der öffentlichen Verkaufsstellen, hat den hierfür vorgesehenen Vorstand anzuführen und bis zum Beginn seiner Arbeit dem Schatzamt einzureichen...

2. Der öffentliche Verkaufsstellen in anderer Weise als leitlich in seinem Geschäft oder beim Betrieb der öffentlichen Verkaufsstellen, hat den hierfür vorgesehenen Vorstand anzuführen und bis zum Beginn seiner Arbeit dem Schatzamt einzureichen...

3. Der öffentliche Verkaufsstellen in anderer Weise als leitlich in seinem Geschäft oder beim Betrieb der öffentlichen Verkaufsstellen, hat den hierfür vorgesehenen Vorstand anzuführen und bis zum Beginn seiner Arbeit dem Schatzamt einzureichen...

4. Der öffentliche Verkaufsstellen in anderer Weise als leitlich in seinem Geschäft oder beim Betrieb der öffentlichen Verkaufsstellen, hat den hierfür vorgesehenen Vorstand anzuführen und bis zum Beginn seiner Arbeit dem Schatzamt einzureichen...

5. Der öffentliche Verkaufsstellen in anderer Weise als leitlich in seinem Geschäft oder beim Betrieb der öffentlichen Verkaufsstellen, hat den hierfür vorgesehenen Vorstand anzuführen und bis zum Beginn seiner Arbeit dem Schatzamt einzureichen...

6. Der öffentliche Verkaufsstellen in anderer Weise als leitlich in seinem Geschäft oder beim Betrieb der öffentlichen Verkaufsstellen, hat den hierfür vorgesehenen Vorstand anzuführen und bis zum Beginn seiner Arbeit dem Schatzamt einzureichen...

7. Der öffentliche Verkaufsstellen in anderer Weise als leitlich in seinem Geschäft oder beim Betrieb der öffentlichen Verkaufsstellen, hat den hierfür vorgesehenen Vorstand anzuführen und bis zum Beginn seiner Arbeit dem Schatzamt einzureichen...

8. Der öffentliche Verkaufsstellen in anderer Weise als leitlich in seinem Geschäft oder beim Betrieb der öffentlichen Verkaufsstellen, hat den hierfür vorgesehenen Vorstand anzuführen und bis zum Beginn seiner Arbeit dem Schatzamt einzureichen...

9. Der öffentliche Verkaufsstellen in anderer Weise als leitlich in seinem Geschäft oder beim Betrieb der öffentlichen Verkaufsstellen, hat den hierfür vorgesehenen Vorstand anzuführen und bis zum Beginn seiner Arbeit dem Schatzamt einzureichen...

10. Der öffentliche Verkaufsstellen in anderer Weise als leitlich in seinem Geschäft oder beim Betrieb der öffentlichen Verkaufsstellen, hat den hierfür vorgesehenen Vorstand anzuführen und bis zum Beginn seiner Arbeit dem Schatzamt einzureichen...

11. Der öffentliche Verkaufsstellen in anderer Weise als leitlich in seinem Geschäft oder beim Betrieb der öffentlichen Verkaufsstellen, hat den hierfür vorgesehenen Vorstand anzuführen und bis zum Beginn seiner Arbeit dem Schatzamt einzureichen...

12. Der öffentliche Verkaufsstellen in anderer Weise als leitlich in seinem Geschäft oder beim Betrieb der öffentlichen Verkaufsstellen, hat den hierfür vorgesehenen Vorstand anzuführen und bis zum Beginn seiner Arbeit dem Schatzamt einzureichen...

13. Der öffentliche Verkaufsstellen in anderer Weise als leitlich in seinem Geschäft oder beim Betrieb der öffentlichen Verkaufsstellen, hat den hierfür vorgesehenen Vorstand anzuführen und bis zum Beginn seiner Arbeit dem Schatzamt einzureichen...

14. Der öffentliche Verkaufsstellen in anderer Weise als leitlich in seinem Geschäft oder beim Betrieb der öffentlichen Verkaufsstellen, hat den hierfür vorgesehenen Vorstand anzuführen und bis zum Beginn seiner Arbeit dem Schatzamt einzureichen...

15. Der öffentliche Verkaufsstellen in anderer Weise als leitlich in seinem Geschäft oder beim Betrieb der öffentlichen Verkaufsstellen, hat den hierfür vorgesehenen Vorstand anzuführen und bis zum Beginn seiner Arbeit dem Schatzamt einzureichen...

16. Der öffentliche Verkaufsstellen in anderer Weise als leitlich in seinem Geschäft oder beim Betrieb der öffentlichen Verkaufsstellen, hat den hierfür vorgesehenen Vorstand anzuführen und bis zum Beginn seiner Arbeit dem Schatzamt einzureichen...

17. Der öffentliche Verkaufsstellen in anderer Weise als leitlich in seinem Geschäft oder beim Betrieb der öffentlichen Verkaufsstellen, hat den hierfür vorgesehenen Vorstand anzuführen und bis zum Beginn seiner Arbeit dem Schatzamt einzureichen...

Amthliche Bekanntmachungen

Amthliche Bekanntmachung der Stadtgemeinde Mannheim

Der Unterricht wird im neuen Umfang des Schuljahres nach dem diesjährigen Kalender wieder aufgenommen.

1. Amthliche Bekanntmachung der Stadtgemeinde Mannheim

2. Amthliche Bekanntmachung der Stadtgemeinde Mannheim

3. Amthliche Bekanntmachung der Stadtgemeinde Mannheim

4. Amthliche Bekanntmachung der Stadtgemeinde Mannheim

5. Amthliche Bekanntmachung der Stadtgemeinde Mannheim

6. Amthliche Bekanntmachung der Stadtgemeinde Mannheim

7. Amthliche Bekanntmachung der Stadtgemeinde Mannheim

8. Amthliche Bekanntmachung der Stadtgemeinde Mannheim

9. Amthliche Bekanntmachung der Stadtgemeinde Mannheim

10. Amthliche Bekanntmachung der Stadtgemeinde Mannheim

11. Amthliche Bekanntmachung der Stadtgemeinde Mannheim

12. Amthliche Bekanntmachung der Stadtgemeinde Mannheim

13. Amthliche Bekanntmachung der Stadtgemeinde Mannheim

14. Amthliche Bekanntmachung der Stadtgemeinde Mannheim

15. Amthliche Bekanntmachung der Stadtgemeinde Mannheim

16. Amthliche Bekanntmachung der Stadtgemeinde Mannheim

Rheinische Creditbank Mannheim

Bilanz vom 31. Dezember 1918.

Table with Aktiva and Passiva sections, listing various assets and liabilities with their respective values.

Table with Gewinn- und Verlust-Rechnung section, detailing income and expenses for the year 1918.

Table with Soll (Debit) section, listing items like Handlungsunkosten and Steuern.

Table with Haben (Credit) section, listing items like Vortrag von 1917 and Wechsel und Zinsen.

Text regarding the general assembly on April 15, 1919, and the distribution of dividends.

Advertisement for 'Ingenieur- und Gewerbe-Schüler' by Christian Hohlweg, offering technical training.

Advertisement for 'Tarifverträge für kaufmännische Angestellte' (tariff contracts for clerical staff).

Advertisement for 'Goetheschule' (Goethe school) offering classes for children.

Advertisement for 'Damen-Frisier-Salon' (ladies' hair salon) by Frau Keller.

Advertisement for 'Koksbrecher' (coal breaker) machinery.

Todes-Anzeige (obituary notice) for Oskar Stroh, including family details and funeral arrangements.

Advertisement for 'Dampfstrahlgebläse oder Unterwind-Ventilator?' (steam jet blowers or underwind ventilators) by Deutsche Evaporator-A.-G.

Advertisement for 'Dresdner Bank' (Dresden Bank) with a branch in Mannheim, listing capital and services.

Advertisement for 'Ortsgruppe Mannheim des Volksbundes' (local group of the People's League) for a meeting.

Advertisement for 'Paul Schlobach' (estate agent) in Mannheim.

Advertisement for 'AIA Chemfabrik AG' (AIA Chemical Works) featuring shoe polish.

Advertisement for 'Damen-Hüte' (ladies' hats) by R. Wendel.

Advertisement for 'Gesichts- und Nasenfehlern' (facial and nasal defects) treatment.

Advertisement for 'Mittelschüler' (middle school students) regarding school fees.

Advertisement for 'Achtung auf Litera U 2, 8' (Attention to literature U 2, 8) regarding school materials.

Advertisement for 'Lederito Weigolia' (Lederito Weigolia) regarding leather goods.

Advertisement for 'Eier' (eggs) regarding egg production and quality.

Advertisement for 'Lockenwasser' (curling water) for hair styling.

Advertisement for 'Panamahüte' (Panama hats) and 'Damenhüte' (ladies' hats).

Advertisement for 'Ledergleitschutz' (leather slip protection) and 'AUTOPNEU'S'.

Advertisement for 'Detektiv-Institut' (Detective Institute) for investigations.

Advertisement for 'Heirats-Auskünfte' (marriage inquiries) and 'Herren- und Damen-Kleidung' (men's and women's clothing).

Advertisement for 'Weißkohl' (white cabbage) and 'Kind (Mädchen)' (child/girl).

Advertisement for 'Friedrich Hasselbaum' (Friedrich Hasselbaum) regarding estate matters.

Advertisement for 'Kind (Mädchen)' (child/girl) regarding adoption or care.

Advertisement for 'Diese Woche' (this week) regarding a lottery or drawing.

Advertisement for 'Schneiderei Meysick' (tailoring shop) for clothing.

Advertisement for 'Herde' (herd) regarding livestock or farm equipment.

Advertisement for 'Sägen werden gefeilt' (saws being sharpened) for carpentry.

Advertisement for 'echten Straussfedern' (genuine ostrich feathers) and 'Brunhilde'.

Advertisement for 'Uhren!' (watches) by J. Kraut, T 1, 3, Breitstrasse.

Advertisement for 'Ausführung elektr. Licht- und Kraft-Installationen' (electrical light and power installations) by Mannheim Elektricitäts-Gesellschaft.

Advertisement for 'E. HERZ & CO' (E. Herz & Co) regarding window blinds and curtains.

Advertisement for 'Schreibmaschinen-Reparaturen' (typewriter repairs) by Otto Zickendraht.

Advertisement for 'Ulmer Hobelbänke' (Ulmer planers) for carpentry.

Advertisement for 'Sämtliche Schreiner-Werkzeuge' (all carpenter's tools) by Rheinische Maschinen-Industrie.

Advertisement for 'Schreibmaschinenbänder' (typewriter ribbons) and 'Kohlepapiere' (carbon paper).

Advertisement for 'Otto Zickendraht' (Otto Zickendraht) regarding office equipment.